

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 366.

Dienstag, 8. August

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganzjährig 3 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 1/4 Sgr. die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Die Stellung der Regierung gegen die Angriffe des Episkopats.

Während der Anlauf, welchen die Regierung den angreifenden und verfolgungsfüchtigen Bestrebungen der katholischen Hierarchie gegenüber genommen hat, bisher keinen andern Erfolg gehabt hat, als den Klerus auch von den letzten Rücksichten auf die Staatsregierung zu entbinden, nehmen deren Organe erstaunlicherweise bereits die Miene an, als sollte wieder zum Rückzuge geblasen werden. Schon die „Provinzial-Korrespondenz“ hatte in ihrer letzten Nummer erklärt, daß „die Staatsregierung nur ablehnt, katholische Lehrer, welche sich in ihrem Gewissen verhindert finden, den Beschlüssen des Konzils Geltung zuzuerkennen, durch Mitwirkung des weltlichen Arms zur Verkündung von Lehren zu nötigen, durch welche nach der Ueberzeugung der Regierung selbst nicht bloß eine wesentliche Aenderung des Glaubensstandes, sondern zugleich eine tiefgreifende Veränderung in der Gesamtsituation der katholischen Kirche zum Staate eingetreten ist.“ Unmittelbar darauf hat die „Nordd. Allg. Z.“ aber ausgeführt: „Weitergreifende Reformen, wie sie in der liberalen Presse befürwortet werden, würden bei übereilter Einführung dem Staate das Fundament nehmen, auf welchem jetzt sein Verhältnis zur Kirche aufgebaut ist, und: „Erst die Folgezeit mit ihren Ereignissen, erst die Klärung der Verhältnisse in der katholischen Kirche selbst können zeigen, inwiefern eine Modifikation jenes Fundaments selbst notwendig sein dürfte.“ Danach scheint es der Regierung selbst völlig unklar zu sein, in welche wahrhaft bodenlose Widersprüche und Unzuträglichkeiten gerade der Wendepunkt des aktuellen Staatskirchenrechts, von dem aus sie ihren Kampf erfolgreich meint führen zu können, sie bereits verwickelt hat. Die Staatsregierung geht davon aus, daß in Preußen der konfessionelle Religionsunterricht ein obligatorischer Lehrgegenstand ist, zu welchem die Schüler der Staatsanstalten anzuhalten ihre Pflicht ist. Aus diesem Grunde und weil sie die Nichtanerkennung der jüngsten konfessionellen Dogmen für keinen Abfall von der katholischen Kirche hält, besteht sie darauf, daß die braunsberger Gymnasialen nach wie vor an dem Religionsunterrichte des Dr. Wollmann teilnehmen. Die von ihr notwendig zu beobachtende Unparteilichkeit dem in der katholischen Kirche entbrannten Streite gegenüber nötigt sie nun aber, ganz denselben staatlichen Zwang auch in Bezug auf den Religionsunterricht solcher Lehrer in Anwendung zu bringen, welche sich den vatikanischen Dogmen unterworfen haben. Der Religionsunterricht ist ganz allgemein für alle Schulen obligatorisch. Das Verhalten der Staatsregierung in dem gegenwärtigen Streit ist also abhängig von dem zufälligen Umstande, ob an der einen oder anderen Lehranstalt der katholische Religionslehrer dem Unfallsbiliditätsdogma anhängt oder Widerstand leistet. Der Staat zwingt in beide Arten von Religionsunterricht. Wie die Regierung nun glauben kann, mit einem solchen Verhalten ihr Ansehen wahren und irgend welchen Eindruck auf den ultramontanen Episkopat machen zu können, ist geradezu unerfindlich. Sie hat in allen von ihr in der fraglichen Angelegenheit bisher fundgemachten Aktenstücken ausdrücklich erklärt, daß sie die neue Lehre des Konzils „für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche verderblich“ erachtet. Ist das der Fall, dann darf sie augenscheinlich, soviel an ihr liegt, solche staatsverderbliche Lehre nicht in das Gemüth der Kinder pflanzen lassen. Schon die Passivität derselben gegenüber wäre Pflichtverletzung, ihre Unterstützung durch staatlichen Schulzwang stellt eine offenbare Pflichtverletzung dar. Niemals aber wird man die Katholiken von der Staatsfeindlichkeit einer Lehre zu überzeugen hoffen dürfen, zu der man selbst die Schüler da zwingt, wo ihr Religionslehrer auffällig derselben zugethan ist. Es kommt dazu, daß nach der jetzigen Verwaltungspraxis und theilweise nach dem bestehenden Rechte die Besetzung der Religionslehrerstellen „im Einverständniß mit der Kirche“, d. h. also für katholische Schulen „im Einverständniß mit den Bischöfen“ zu erfolgen hat. Nach diesem Stande der Dinge ist die ganze gegenwärtige Aktion der Staatsregierung auf die Erhaltung der wenigen Religionslehrer in ihren Stellen beschränkt, welche, einmal angestellt, der neuen konfessionellen Lehre Widerstand leisten. Sie befindet sich aber in der Unmöglichkeit, bei eintretenden Vakanz irgend eine Stelle in ihrem Sinne mit einem Gegner jener Lehre besetzen zu können. Es giebt keinen deutschen Bischof, von welchem die kirchliche Vereinerung des rechtgläubigen Katholizismus für solchen Gegner zu erlangen wäre. Danach kann der ultramontane Episkopat in der That die gegenwärtigen Anstrengungen der preussischen Regierung mit vornehmer Gelassenheit ansehen. Er hat keinen Grund zur Beunruhigung. Auf dem Boden des bestehenden Staatskirchen- und Schulrechts ist er seines endlichen Sieges sicher. Ueber das gänzlich Unzureichende des Standpunktes, welchen die Staatsregierung auf diesem Boden eingenommen hat, kann keinen Augenblick ein Zweifel sein. Die Regierung befindet sich in Wahrheit in einer Sackgasse, aus der nur die Erfüllung der liberalen Forderung, den Religionsunterricht in den Staatschulen seinem obligatorischen Charakter zu entziehen und ihn überhaupt, unabhängig von den äußeren Organisationen der Kirchengesellschaften, fest in die eigene Hand zu nehmen, heraus helfen kann. (BAC.)

Deutschland.

□ Berlin, 7. August. [Invalidenpensions-Fonds. Zur Aufbesserung der Beamtengehälter. Lehrstühle der Handelswissenschaft. Reichssport.] In der Presse beschäftigt man sich neuerdings mit der Frage aus der Kriegsschädigung einen Fonds von 240 Millionen Thaler für die Hinterbliebenen der gefallenen

Krieger und für die Invaliden abzusondern, der sich durch die alljährlichen Pensions-Zahlungen dann mit der Zeit ganz aufzehren soll und die Parteien haben sich bereits dieser Angelegenheit bemächtigt, um bei der zinsbaren Anlegung dieses Fonds nach Möglichkeit ihr Partei-Interesse berücksichtigen zu lassen. So namentlich ist es die Partei der Grundbesitzer, d. h. der ländlichen Grundbesitzer, welche ihr Bestreben dahin gerichtet hat, daß dieses Kapital von 240 Millionen Thaler beim ländlichen Grundbesitz zinstragend (in Form von Hypothekenbriefen) angelegt werde, um dadurch das Kapital, welches sich in neuerer Zeit von dem Grundbesitz weg und der Industrie zugewendet, zu ersetzen, und für den Grundbesitz einen billigeren Zinsfuß zu erreichen. Ganz abgesehen davon, daß der Zinsfuß überhaupt für alle Werthpapiere und für alle Verhältnisse ein geringerer werden muß, sobald ein so bedeutendes Kapital wie das oben angedeutete auf den Geldmarkt geworfen wird, und daß dadurch auch der Grundbesitzer in den billigeren Gemüß der Kapitalsnutzung auch in dem Falle gelangt, wenn die obige Summe nicht ausschließlich dem ländlichen Grundbesitz zugewendet wird, so darf hier doch nicht der Umstand außer Acht gelassen werden, daß bei der Verwendung des Geldes, und bei der Fundierung des Fonds für die Invaliden zunächst die Ansicht der Landesvertretung, des Reichstages, einzuholen ist, da in solchen Dingen die Ansicht des Reichskanzlers und des Bundesrathes nicht die allein entscheidende ist. Der Reichstag also wird auch seinerseits zu bestimmen haben, ob und wie ein Fonds zu beschaffen ist, um aus demselben die Invaliden-Pensionen zu zahlen. Nun ist es aber bekannt, daß in solchen Fragen die Ansichten der Reichstagsmitglieder vielfach auseinander gehen, und wir wissen, daß hervorragende Mitglieder dieser Körperschaft durchaus nicht einem solchen Dotationsmodus für die Invaliden-Pensionen aus dem verflochtenen Kriege zustimmen. Man ist in diesen parlamentarischen Kreisen vielmehr der Ansicht, den Ueberschuß aus der Kriegskontribution dazu zu verwenden, um damit die vorhandenen älteren Staatsschulden abzutragen und dann die Zahlung der Invaliden-Pensionen u. aus den laufenden Einnahmen des Staates zu bestreiten. Diese Ansicht steht allerdings der aus den konservativ-gemüthlichen Kreisen hervorgegangenen gegenüber, allein es dürfte sich fragen, ob sie nicht beim Reichstage Anhang findet. — Die „Prov. Korresp.“ hat in ihrer letzten Nummer bestätigt, daß bei der günstigen Finanzlage des Staates eine Aufbesserung der Gehälter der Beamten in Aussicht genommen sei. Wie verlautet, findet in den deshalb stattfindenden Beratungen der Delegirten der verschiedenen Fachministerien die Vorlage des Finanzministers vielfachen Widerspruch, einestheils wegen der zu gering bemessenen Aufbesserungen der einzelnen Gehaltskategorien überhaupt, anderentheils wegen der zu geringen Berücksichtigung der Gehälter der Unterbeamten bei dem Aufbesserungsprojekt. Es ist eine nicht wegzuleugnende Thatsache, daß nicht allein die Gehälter unserer Beamten und namentlich der unteren Beamten sehr gering dotirt sind, sondern daß auch selbst bei dieser geringen Dotirung noch an den Gehältern selbst Ersparungen gemacht werden und daß bei vielen Kategorien von Beamten an dem Minimalgehalt in dem Maße festgehalten wird, daß der Durchschnittssatz wie er von dem Normal-Gehaltsstat festgesetzt ist, noch lange nicht erreicht wird. — An die zustehenden Ministerialreferats sind in neuester Zeit wieder von mehreren Seiten die Anträge auf Errichtung von Lehrstühlen der Handelswissenschaft an den Universitäten erneuert worden. Die Anträge haben nach erneuerten Erwägungen indessen zu dem Bescheide geführt, daß der Gegenstand allerdings nicht außer Acht gelassen werden solle, inzwischen für jetzt die Bedürfnisfrage so wenig nachgewiesen sei, daß man vorläufig weitere Erfahrungen abzuwarten habe, bevor man darauf eingehen könne. — Aus Baden meldet man die Aussicht auf einen zukünftigen deutschen Reichssport. Es soll nämlich durch den deutschen Kaiser die Anregung gegeben sein, daß im September und künftig eben so jedes Jahr auf der schönen Rennbahn bei Iffezheim ein großartiges deutsches Offiziers- und später auch ein allgemeines Herren-Wettrennen stattfinden wird, dem später auch noch andere militärische Uebungen sich anreihen sollen. Die nöthigen Preise würden aus Reichsfonds gewährt. Schon dem diesjährigen Rennen würden der Kaiser, Kronprinz, Erbprinz von Sachsen, Herzog von Koburg und andere Fürsten anwohnen, und so diese Festlichkeiten die Veranlassung werden zu einer alljährlichen Begegnung der deutschen Regenten und Fürsten, zu denen sich nach und nach auch noch ausländische Fürsten gesellen werden.

— Herr Jules Favre mußte in seinen Verhandlungen mit der deutschen Regierung die Dinge nothwendig nehmen wie sie waren und wurde deshalb von seinen stets mit allerlei Phantasiebildern tändelnden Landsleuten natürlich fortwährend angeklagt, daß er sich zum willfährigen Diener des Fürsten Bismarck herabsetzte. Da er aber jetzt aus dem Ministerium geschieden ist, so hat er noch die letzten Augenblicke benutzt, um das ihm aufgedrungene Joch des gesunden Menschenverstandes wieder abzuwerfen und seine hart mitgenommene Popularität herzustellen, indem er wieder auf das allgemeine Niveau landesüblicher Thorheit herabsieg. Der „N. Fr. Pr.“ wird von hier unter dem 4. August telegraphirt: „Eine gestern hier eingetroffene Note Jules Favres desavouirt die Aeußerungen Trochu's in der französischen National-Verammlung betreffs der angeblichen Mitschuld des Fürsten Bismarck und der deutschen Militärbehörden an dem Kommune-Aufstand, fügt aber bei, daß Fürst Bismarck selber zu diesem Mißverständnisse Anlaß gegeben habe, indem er öffentlich der Kommunalbewegung einige Verehrung zugestanden. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland — so wird außerdem in dieser Note ausgeführt — könnten, wenn nicht die von Deutschland annektirten französischen Landestheile zurückgegeben würden, niemals freundschaftlicher Natur werden.“

Ueber die Angelegenheit wird der „Köln. Ztg.“ von hier noch folgendes Nähere geschrieben:

Man erinnert sich, daß damals die Aeußerung Trochu's über die Mitschuld der deutschen Regierung am Aufstande der Kommune in der versäulter Versammlung selbst ohne Widerlegung blieb; aber es machte alsbald die Nachricht durch die Zeitungen die Runde, daß Jules Favre nicht lange darauf an die preuß. Regierung durch Herrn de Gabriac habe erklären lassen, wie niemand mehr als er selbst vom Ungrunde jener Anschuldigungen überzeugt sei, da er sehr wohl wisse, welch großen Dank man in Versailles der deutschen Regierung schulde für die vielen direkten und indirekten Dienste, die sie in dieser bedrängten Zeit der gesetzlichen Regierung des Landes geleistet. Jedermann begriff, daß es damals für Jules Favre eine Art von Selbstmordverzicht gewesen sein würde, wenn er es gewagt, sich im Parlamente auf diese Weise gegen seinen ehemaligen Kollegen vom pariser Stadthause auszusprechen, und so sah man in der politischen Welt wohl nicht ohne eine gewisse Spannung der Veröffentlichung aller der Dokumente entgegen, welche das mehrmalige Hilfsanerbieten des Fürsten Bismarck an Thiers gegen die Kommune, sowie den mehrfachen Vorstoß authentisch konstatiren mußten, den das deutsche Okkupationsheer der Armee der Versailler geleistet hatte. Dem Vernehmen nach soll der Akten-Fasizel dieser Angelegenheit in diesen Tagen um ein neues, seltsamstes Dokument bereichert worden sein, welches Jules Favre noch kurz vor seinem Rücktritt durch Herrn Marquis de Gabriac habe überreichen lassen. In diesem in Depeschenform gehaltenen Plädoyer erkennt der französische Minister die Ungehörigkeit der Trochu'schen Aussprüche ausdrücklich an, desavouirt sie vollständig und gesteht in gewissem Sinne sogar sein Unrecht ein, ihnen nicht sofort und direkt in der Nationalversammlung entgegengetreten zu sein. Aber als gewandter Advokat plaidirt er die mildern Umstände, die er für seinen ehemaligen Antagonisten in dem „Königreich gesunder Vernunft“ erblickt, welches der Reichskanzler der Kommune im Reichstage zugestanden habe. Und so glaubt der scheidende französische Minister sich schließlich nicht besser eine Brücke zum Uebergang ins Privatleben bauen zu können, als indem er auf die unaußschliche Feindschaft hinweist, die fortan zwischen Frankreich und Deutschland bestehen werde und bestehen müsse, als eine Folge der von ihm in Ferrières schon so energisch bekämpften Landabtretungen, welche der Republik auferlegt worden seien. Möglicherweise, daß Herr Favre, als er dieses Aktenstück schrieb, nur seine Wähler und Parteigenossen im Sinne hatte, in deren Augen sich der unglückliche Diplomat um jeden Preis rehabilitiren möchte. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob dies einem Manne gelingen kann, dessen thörichte Verblendung Frankreich so viel gekostet und so unermessliche Opfer auferlegt hat. Der Mann, der sich weigerte, die pariser Nationalgarde zu entwaffnen, und der so die Ereignisse vom 18. März und den Aufstand der Kommune abnungslos, trotz aller besseren Rathschläge, hervorrief, hat jedenfalls wenig Verstand zum Propheten und seine merkwürdige Depesche zeigt abermals, wie sehr man in Frankreich noch immer geneigt ist, die Beziehungen des Landes den Bedürfnissen persönlichen Ehrgeizes und persönlicher Eitelkeit unterzuordnen.

Während unsere Truppen noch in den pariser Forts stehen stimmt der französische Minister des Aeußern in das Nachgeschrei seiner Landsleute ein und in ihre Prahlereien, uns bei erster Gelegenheit aus den eroberten Provinzen wieder hinauszuerufen. Und bei solchem Betragen klagt man in Frankreich unablässig über den Mangel an Großmuth, der von deutscher Seite bewiesen werde. Wo soll irgend eine Achtung vor der männlichen Würde des Gegners herkommen, wenn ein Mann, wie Jules Favre, sich zwar bückt, so lange er im Amte ist, im Augenblicke des Rücktritts aber der Jagd nach Popularität jede Rücksicht unterordnet und es nun seinem Nachfolger überläßt, wie er mit den Folgen solcher offizieller Gaukeleien, welche die Gerechtigkeit in Deutschland natürlich nur vermehren können, sich abfinden mag!

— Der „N. Fr. Pr.“ wird von Berlin telegraphirt: Es ist nunmehr entschieden, daß die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Kaiser Franz Joseph am 11. oder 12. August in Sisch stattfinden wird.

— Der Kultusminister v. Mühler hat sich, wie neuerdings aus Salzburg gemeldet wird, nach Gastein begeben. — Rheinische Blätter melden, daß der Regierungspräsident v. Goës zu Köslin nunmehr, wie schon früher angekündigt war, zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf ernannt sei. — Der Oberpräsident des Obertribunals, Staatsminister Uhlen, feiert am 4. Septbr. sein 50jähriges Amtsjubiläum.

— Die aufreizende Sprache der französischen Blätter führte schon wiederholt in den okkupirten Landestheilen zu kleinen Reibungen mit unseren Truppen, welche wir nicht zu erwähnen für gerechtfertigt hielten. Heute geht jedoch telegraphisch die Nachricht von einem Vorgang ernsterer Natur ein, den der pariser „Temps“ in folgendem schildert:

„In der Nähe des Bahnhofes von Poligny (Departement Jura) wurde ein preussischer Soldat erschossen gefunden. Auf eine aus diesem Anlaß des Nachts die Stadt durchstreifende Reiterpatrouille wurde geschossen, wodurch 1 Kavallerist getödtet, einer schwer verwundet wurde. Hierauf ward Alarm geschlagen, und die tieferbitterten Soldaten sollen eine große Anzahl Personen — man spricht von 200 (?) verwundet haben. Die Aufregung in der Stadt ist groß. Von preussischer Seite wurden 800 Mann Exekutionstruppen aus Dijon nach Poligny beordert.“

— Von verschiedenen Seiten ist in letzter Zeit die Frage wegen Einführung einer von allen Kontingenten des deutschen Heeres anzulegenden Skorde ventilirt worden. Wie man hört, wird diese Angelegenheit auch im Laufe der nächsten Zeit ihre definitive Erledigung finden.

— Aus Paris wird geschrieben: Die deutsche Vertretung hier hat alle Hände voll zu thun, um sich mit den zahllosen deutschen Ausgewiesenen zu benehmen, die sich theils persönlich, theils brieflich an sie wenden, um Vorschüsse auf die von ihnen beantragten Entschädigungen zu erhalten. Die Gefandtschaft thut was sie kann, um die Berechtigten so rasch als möglich zu befriedigen. Vorwärts ist nothwendig; denn es fehlt auch nicht an solchen, welche in die Kategorie der Vagabunden und Abenteurer gehören. Bis jetzt hat die Gefandtschaft über 500,000 Franken vorgezahlt.

— Die „Dresdener Nachr.“ schreiben: „Es wird uns mitgetheilt, daß die von unsern Militärbehörden im Laufe der letzten Tage verauktionirten Kavallerie- und Artilleriepferde meistens auf französische Rechnung zu sehr guten Preisen angekauft werden. Ein in

Mes wohnhafter Pferdehändler hat von der französischen Regierung Auftrag zur Lieferung von 50,000 Stück Pferden erhalten und läßt jetzt durch Zwischenhändler an allen Orten, wo Militärpferde in Folge der Demobilisierung versteigert werden, dergleichen aufkaufen, so viel er bekommen kann."

Wie man der „Wiener medicinischen Wochenschrift“ mittheilt, hätten sowohl Deutschland als auch Frankreich es dankend abgelehnt, der Einladung des Genfer internationalen Komitees vom 1. Juli 1871, betr. Abhaltung einer Vorkonferenz wegen Modifikation der Genfer Konvention, Folge zu geben. Wahrscheinlich dürfte nun aber nicht allein die besagte Vorkonferenz ausfallen, sondern es wäre überhaupt das fernere Bestehen der Genfer Konvention sehr in Frage gestellt, an deren Stelle man eine streng militärisch organisierte Institution setzen wolle. (Ob und wie weit diese Mittheilung begründet ist, lassen wir vorläufig dahingestellt.)

In den letzten Monaten sind innerhalb der Armee namentlich Unteroffiziere und Gemeine mit Eisernen Kreuzen bedacht worden, so daß jetzt ein bei weitem richtigeres Verhältnis besteht wie noch im Monat Februar, wo 99 Proz. Offiziere und 1 Proz. Gemeine mit dem höchsten Kriegssorden dekoriert waren. Es finden noch immer Verleihungen des Eisernen Kreuzes statt und man glaubt, es werde mit der Zeit eine Ausgleichung zwischen oben und unten in der Armee eintreten, welche die bisherige Mißstimmung beseitigt. Ob auch die Landwehrruppen, welche die mißseligsten Festungsbelagerungen so glänzend ausgeführt und bisher eine nur ganz unverhältnismäßig kleine Anzahl von Kreuzen erhalten haben, noch mit annähernd ausgleichenden Verleihungen bedacht werden sollen, darüber verlautet nichts. Die schlesischen Zeitungen wiesen auf dieses Mißverhältnis schon vor längerer Zeit hin, haben damit beim Kriegsministerium aber noch keine Beachtung gefunden. — Den Ärzten ist bekanntlich das Eiserne Kreuz nur am weißen Bande verliehen worden, weil man sie schlechtweg als Nichtkombattanten ansah, dagegen tragen sie das Erinnerungskreuz am Kombattantenbande. Sie hatten gewünscht, dieser Widerspruch wäre dadurch beseitigt worden, daß man ihnen zuließe, auch das Eiserne Kreuz am schwarz-weißen Bande tragen zu können. Sie waren, wenn auch nicht Kombattanten, so doch während der Schlacht gerade so exponiert wie jeder andere Soldat, und das Eiserne Kreuz sollte gerade dem persönlichen Muth eine Anerkennung zollen. Die Leistungen unserer Militärärzte im verflossenen Jahre sind über jedes Lob erhaben, darüber hat nur ein Urtheil überall aufkommen können.

In der am Sonntag stattgehabten Generalversammlung der Maurer wurde beschlossen, den Strik mit allen Kräften weiter fortzusetzen, da die Anzeichen sich mehrten, daß die Meister zum Nachgeben geneigt seien und die Sittungsfrist von drei Wochen für die größeren königl. und städtischen Bauten abgelaufen sei, so daß die Meister unter allen Umständen die Arbeiten wieder beginnen müßten. Nach einer in der Versammlung abgegebenen Erklärung befanden sich unter den 280 Namen von Maurermeistern u. c., welche nach der öffentlichen Bekanntmachung in keinem Falle nachgeben wollen, 167 solche, die überhaupt gar keinen Gesellen beschäftigen. Am Schluß der Versammlung wurde die Mittheilung mit großem Jubel begrüßt, daß der Strik-Verein der Tischler den Maurern 500 Thaler, die sogleich zu erheben sind, bewilligt habe.

Der „Allg. Ztg.“ schreibt man von hier: Die Unterschriften, welche die Einladung zu der Oberberverammlung „evangelischer Männer aus dem deutschen Reiche“ schmücken, bieten das überraschende Bild einer theilweisen Fusion zwischen dem unionsförmlichen Lutherthum und der bisherigen vermittelungstheologischen Unionspartei. Neben den Namen eines Dr. Dörner, Dr. Ehrenfeuchter u. a. befinden sich unter den Einladenden die Erlanger v. Hofmann, Frank, v. Scheuerl, die Kirchenrechtslehrer des konfessionellen Lutherthums. Was dies zu bedeuten hat, zeigt der Umstand an, daß auch nicht ein Name der freieren kirchlichen Richtung, wie die Bluntzsch, Hofmann, Schenkel sie vertreten, unter den Unterzeichnern aufzufinden ist. Es gibt eben die konfessionellen Kräfte zu sammeln, gegen den „Radikalismus“, unter welchem erst kürzlich das Hauptorgan der sogenannten vermittelnden Richtung, die „Ev. Ztg.“, neben den wüsten Ausschweifungen der pariser Kommune, auch die Bestrebungen des Protestantenvereins als ziemlich auf gleicher Stufe stehend subsumierte. Zur richtigen Würdigung der Versammlung, welche auch schon von der „Kreuzzeitg.“ öffentlich gekündigt wird, mag dienen, daß die Hauptveranstalter Dr. W. Hofmann und Dörner, Teilnehmer der Beschlüsse sind, welche im Jahre 1869 dem Gothaer Dr. C. Schwarz, dem Hofprediger Dr. Baumgarten u. c. die Kirchenbücher Berlins verschlossen, und jetzt der Gemeinde Kolbergermünde ihren einmüthig gewählten Pfarrer entziehen, weil dieser in seiner Schrift „Der historische und der ideale Christus“ die Vereinbarkeit der christlichen Religion mit den Anforderungen der strengsten historischen Kritik zu beweisen versuchte. Was aber Dr. Wichern anbetrifft, so weiß man, daß die liberalen Fraktionen des preuß. Abgeordnetenhauses sich vor wenigen Jahren genöthigt sahen, den Vertrag der Regierung, speziell der Gefangenenanstalten, mit dem „Rauben Hause“ aus denselben Gründen zu kündigen, welche einst den Prof. v. Holtendorff zum heftigen Angriff auf die Wichern'sche in-

tere Mission veranlaßten. Unter solchen Umständen ist man hier recht erstaunt, daß einige Gelehrte von so hervorragender Bedeutung, wie unser Nationalökonom Wagner und unser Archäolog Curtius, ihre Namen und ihre Unterstützung einer Versammlung zuwenden, welche das Festhalten auf den „reformatorischen Bekenntnissen“, d. i. auf den Lehrmeinungen des 16. Jahrhunderts, zur Bedingung der Theilnahme und somit die Freiheit der Wissenschaft zu einer Phrase macht. Uebrigens zweifeln wir nicht, daß man hier durch alle schreibenden und redenden Allgemeinheiten der Einladung hindurch bald die eigentlichen Ziele der ersten Einlader erkennen wird. Und auch der Blick auf den mächtig vorwärts strebenden Alt-Katholizismus wird die unzeitgemäße Hervordrängung der altbemoosten Bekenntnisschriften doppelt empfinden lassen, welche nur aus dem unversöhnlichen und erbitterten Kampfe des Protestantismus ihrer Zeit gegen alles katholische Kirchenthum heraus entstanden und zu erklären sind.

Stettin, 7. Aug. Die hiesigen Maurer haben heute, dem Beispielen ihrer Genossen in Berlin folgend, die Arbeit eingestellt. So viel wir beurtheilen können, ist die Aussicht für sie, den Normalarbeitstag erzwingen zu können, hier noch ungünstiger als in Berlin, da die Zahl der dringlichen Bauten hier verhältnismäßig gering ist. (Hst.-Z.)

Leipzig, 4. Aug. Der Rektor der Universität hatte die im Kriege thätig gewesenem Kommilitonen, sowie viele Mitglieder des akademischen Lehrkörpers, die städtischen Behörden und sonstige Gäste „zur Bewillkommnung der siegreich und ruhmreich heimgekehrten Kommilitonen“ heut Nachmittag zu einem Fest nach dem Schützenhause eingeladen. Zum Schluß wurde an den Kronprinzen folgendes Telegramm entsendet:

„Rektor, Professoren und Studenten, versammelt zur Begrüßung ihrer aus dem Felde heimgekehrten Kommilitonen, bitten Ew. Königl. Hoheit, den ruhmgelohnten Feldherrn der Maasarmee, den Ausdruck ihrer dankbaren Bewunderung freudlich entgegen zu nehmen.“

Heidelberg, 5. August. Zu den Sitzungen der hiesigen Vorversammlung der Alt-Katholiken sind u. A. eingetroffen: Professor Michels aus Braunsberg, Pfarrer Alois Anton aus Wien, Dr. Zirnigle und Rentier Schaumburger aus München, Pfarrer Kneufle aus Mering, Revisor Maier und G. L. Männer aus Stuttgart, Ober-Medizinal-Rath Reuter, Gerichts-Assessor Rensch und Appellationsgerichts-Rath Dr. Petri aus Wiesbaden, Professor Lutterbeck aus Gießen, die Professoren Lange, Rensch und Knoodt und Pfarrer Dr. Tangermann aus Bonn, Professor Langen aus München, Professor Weber aus Göttingen. Die erste vorläufige Sitzung ist auf heute Abend 5 Uhr angesetzt. Die zweite, eigentlich beratende soll morgen, Sonntag, Nachmittag stattfinden. Ueber den Verlauf ist bereits gestern telegraphisch gemeldet worden. Sollte Döllinger heute noch eintreffen, so wird ihm der hiesige Katholikenverein einen Fackelzug bringen, an dem sich die ganze Stadt betheiligen dürfte. (Fr. Z.)

Konstanz, 2. d. M. Am Vor der Strafkammer des gr. Kreis- und Hofgerichtes dahier die Anklage gegen den erzbischöflichen Pfarrer Josef Fehrenbacher von Bannholzen, Amts-Radolfzell, wegen Körperverletzung und Amtsmißbrauch zur Verhandlung. Der genannte Geistliche, der Zucht und Ordnung in der Schule mit den energigsten Mitteln aufrecht zu erhalten versteht, war nämlich beschuldigt, im April und November v. J. ein schwächliches Mädchen, das den Katholizismus nicht recht auswendig gelernt hatte, mittelst eines sechs Fuß langen und vier bis 5 Linien dicken Haselstodes so geschlagen zu haben, daß an dessen beiden Händen und Vorderarmen Blutunterlaufungen sichtbar waren und Krämpfe eintraten, die eine je achtstägige Krankheit des Kindes zur Folge hatten. Der Gerichtshof hat aus der Verhandlung die Ueberzeugung geschöpft, daß die Anklage in beiden Punkten begründet sei, und den hochwürdigen Herrn Religionslehrer zu einer auf der Festung zu erstehenden Kreisgefängnisstrafe von 8 Wochen verurtheilt.

Österreich.

Wien, 6. August. Ueber die Zusammenkunft des Kaisers von Deutschland mit dem Kaiser von Österreich, welche demnächst bevorsteht, gehen durch die österreichischen Blätter die verschiedensten Mittheilungen. So glaubt das „W. Tagbl.“ Folgendes zu wissen: Kaiser Wilhelm wird die Strecke Passau-Wels zur Fahrt nach Oberösterreich benutzen. An der Landesgrenze wird er, dem Vernehmen nach, von einem Mitgliede des kaiserlichen Hauses, wahrscheinlich vom Erzherzog Ludwig Viktor und dem Statthalter von Oberösterreich begrüßt und von beiden nach Jischl, ohne jeden Aufenthalt in Gmunden — wo bekanntlich der frühere König von Hannover und dessen Familie sich aufhält — geleitet. Die Thatsache, daß der deutsche Kaiser sich nicht direkt nach Gastein begibt, sondern erst einen Besuch am Hoflager in Jischl abstattet, deutet man als einen Akt der Courtoisie, welcher der Kaiserin gilt, deren Brüder an dem Feldzuge in Frankreich Theil nahmen. Daß der Kaiser von Österreich seinem kaiserlichen Onkel während dessen Aufenthaltes in Gastein den Besuch und wahrscheinlich

gleich im Beginn der Kur erwidert, wird als ausgemachte Thatsache bezeichnet. Fürst Bismarck, der früher die Absicht hatte, ein Nordseebad zu besuchen, bleibt vorerst in Bazarin und wird, sobald der Kaiser von Österreich nach Gastein reist, bereits dort eingetroffen sein. (Z.)

Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Jischl vom 5. Aug. berichtet: Es werden hier große Vorbereitungen zu dem am 12. d. Mts. erwarteten Besuche der beiden Kaiser getroffen. Der Aufenthalt des Kaisers Wilhelm wird bis zum Abend währen. Viele Fremde treffen ein; auch der ungarische Minister Toth ist angekommen. — Die „Presse“ schreibt unterm 5. August: „Der deutsche Kaiser wird am 11. d. Mts. früh in Regensburg eintreffen und noch im Verlaufe dieses Tages in Jischl anlangen; an der österreichischen Grenze wird er im Auftrage Sr. Maj. von den Generalen Graf Bellegarde und Fehren. von Gablenz begrüßt werden. Am 11. d. Mts. begibt sich Kaiser Wilhelm von Jischl nach Salzburg und von dort am folgenden Tage nach Gastein. — Dem blinden Preußen- resp. Deutschenspreiser, dem „Bester Lloyd“ war es vorbehalten, über die bevorstehende Zusammenkunft der Kaiser von Österreich und Deutschland sein Gift zu spritzen. Dazu muß ihm ein „österreichischer Offizier“ herhalten, den er schreiben läßt: „Wenige Tage nach und der Kaiser-König von Österreich-Ungarn und der Kaiser-König von Deutschland-Preußen begannen, begrüßen und küßten sich wieder. Und wie sich das schon von selbst versteht, sehr herzlich.“ Wenigstens hat der „Helbengreis im Silberhaar“ bekanntermaßen immer sehr viel Nahrung nebst den dazu erforderlichen Tränen zur Verfügung. Wenn er schon beim Empfang des höchsten russischen Militärordens einige über seine Wangen perlenden Zähren nach Petersburg telegraphirt, wird er es doch auch nicht mangeln lassen, wenn er seinen jüngeren Blutsverwandten, in dessen Landen er sich zur Stärkung der Gesundheit zu Gaste geladen, in seine Arme schließt.“ Der angebliche Offizier greift nun in sein Tagebuch und schildert wohl-müthig die Niederlage Österreichs im Jahre 1866, aus der er nichts zu schöpfen weiß als Haß und Rache gegen Preußen.

Leipzig, 2. August. Die hiesige „Gazeta narod.“ enthält einen von ihrem Spezialkorrespondenten eingesandten ausführlichen Bericht über die polnische Manifestation, welche am 30. Juli in dem Dorfe Kownia bei Teschen in Form einer Volksversammlung mit großem Glanz in Szene gesetzt wurde. Die Zahl der Theilnehmer betrug etwa 5000; darunter befanden sich zahlreiche Publizisten und Literaten aus Krakau und Lemberg, und Vertreter fast aller größeren Vereine Galiziens. Das Gros der Versammlung bildeten polnische Bauern mit ihren Familien aus dem Herzogthum Teschen, von denen auch mehrere als Redner auftraten. Die gehaltenen Reden, die in dem Bericht ihrem Inhalte nach mitgeteilt sind, waren vorzugsweise gegen die deutsche Bevölkerung Österreichisch-Schlesiens und das deutsche Volk überhaupt gerichtet, dem alles Böse nachgesagt wurde. Die von der Versammlung gefaßten Beschlüsse sind folgende: 1) Betrauung und Dankvotum an das Ministerium Hofenwart für die ihm nachgerühmte Inaugurierung der slavischen Aera in Österreich; 2) wiederholte Formulierung der Forderungen der polnischen Bevölkerung von Österreichisch-Schlesien, die folgende Punkte umfassen: polnische Lehrsprache in den Volksschulen und obligatorischer polnischer Sprachunterricht in den höheren Unterrichtsanstalten, Anstellung von fertig polnisch sprechenden Beamten und Gebrauch der polnischen und geschriebenen Sprache im amtlichen Verkehr; 3) Protest gegen die Bestrebungen, die dahin gerichtet sind, den Gemeinden das Recht der Wahl der Lehrer zu nehmen; 4) Errichtung von Konfessionsschulen; 5) Protest gegen die angeblichen Uebergänge des deutschen landwirtschaftlichen Vereins und die Unterstützung desselben aus Staatsmitteln; 6) Gründung eines polnischen Nationalvereins in Österreichisch-Schlesien. Sämtliche Beschlüsse sollen durch eine Deputation dem Ministerium überreicht werden. Während der Beratungen gingen an den Vor-sitzenden aus Galizien und Posen zahlreiche Begrüßungstelegramme ein. Wie der „Nst.-Z.“ geschrieben wird, ist die Teschener Polens-Manifestation die Frucht der seit Jahren von Krakau und Lemberg aus unablässig in Österreichisch-Schlesien gesährten polnisch-nationalen Agitation. Derselbe Agitation wird mit gleichem Eifer von Posen aus unter der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens betrieben, und wenn es den preussischen Behörden nicht gelingt, ihr ein Ziel zu setzen, so wird auch dort eine polnisch-nationale Manifestation bald in Szene gesetzt werden.

Brest, 2. August. Gerade ein Jahr dauerte die „Kenntnis“ der „stolzen“ ungarischen Bischöfe, auf welche man in Rom so schlecht zu sprechen war, da man in ihnen nicht mit Unrecht die Hauptstützen der Konzils-Disposition erblickte. Auch die autonomistischen Bestrebungen, welche die ungarischen Bischöfe, allerdings nicht ganz nach ihrem Willen, in Szene setzten, stempelte sie vor der Kurie zu „halben Regenten“, wie dies ein Bischof selbst im ungarischen „Katholikenkongress“ erklärte. Nun aber sind die „verirrten Schafe“ mindestens zum großen Theil in den alten „Schastall“ zurückgekehrt, und es herrscht eitel Jubel und Freude im römischen Jraal über die „bekehrten Sünder.“ Dreizehn der ungarischen Bischöfe haben ihre „glaubensvolle“ Unterwerfung unter die Beschlüsse des Vatikanums in Rom angezeigt. So meldet der „Osservatore Romano“, und wird dessen Nachricht durch die hier an bester Stelle eingetroffenen Erfindungen bestätigt. Nur ist dabei für den „Osservatore“ der „verzeihliche Irrthum“ unterlaufen, daß auch der lateinische Bischof von Großwardein, Lipovitsky,

Philosophische Aufstellungen eines Journalisten.

IV.

Ber (Schweiz), Anfang August 1871.

Der Monat Juli scheint der Monat der Restaurationsversuche für die Sozialdemokraten gewesen zu sein. Wenn man seinen Augen und Ohren trauen darf, so ist auch auf diesem Gebiete Deutschland mit einem guten Beispiel vorangegangen. Oder ist es keine Errungenschaft, daß Hasenclever I. seinen Vätern verordnet hat, jeder Redner dürfe in den großen Deklamationsübungen der Partei sich und seine Zuhörer immer nur zehn Minuten lang erwärmen! In zehn Minuten kann man, wenn die Pfanne heiß ist, zwei Dünneletts backen. In zehn Minuten kann man den heißesten Teller voll Suppe aufessen. Zehn Minuten ist eine schöne Zeit, denn in zehn Minuten kann man, wenn man anderer Meinung ist, auf die sozialste Weise zur Thür hinausgeschickt und die Treppe hinunter geworfen werden.

Glauben Sie nicht etwa, daß ich ein Feind der Sozialdemokraten bin. Ich für meine geringe Person finde mich in Allem, was die force majeure geschaffen hat und bin fest entschlossen, wenn einmal Alles drunter und drüber geht, am lautesten zu schreien, damit ich recht „populär“ werde und die fettesten Bissen für mich erwische. Ich sage dies mit der ehrlichsten Offenheit, weil es so Viele Andere nur heimlich denken, damit man mir keinen Vorwurf macht, wenn das „souveraine Volk“ später einmal sich die Bissen vom Munde abdarbt und mich damit dick und fett macht. Denn was die Mehrzahl thut, das ist wohlgethan und wenn die Mehrzahl Dummheiten begeht, so sperre ich den Mund auf und lasse mir die gebannten Tauben des Unverständes dieses irdischen Lebens ruhig hineinfliegen.

Ich gebe jedoch den Vätern den Rath, meinen Gaumen und Magen streng spartanisch zu behandeln und in der Gourmandise mir nie zu gestatten daß ich über Erbswürst hinausgehen kann. Denn ich habe an mir selber die Beobachtung gemacht, daß eine nicht streng spartanische Ernährung, daß guter reiner Wein, daß namentlich Mokkaffee und eine feine „Londres-Zigarre“ meine ganze Denkfraft ungemein attisch weich stimmt und mich so entnervt, daß ich in solchem Zustande nicht einmal ein Kirchenfenster mit Glasmalereien zerbrechen könnte, ein so routinierter libre penseur zu sein ich mir sonst auch schmeichle. Ja, noch mehr! mein Ohr wird dann

offen sein für schöne Musik. Der Klang einer Geige thut mir wohl als der Klang eingeschlagener Hirnkasten meiner Mitmenschen, selbst wenn diese „insipide Bourgeois“ wären. Ich empfinde sogar unwillkürlich einen tiefen Respekt vor genialen Gelehrten und Künstlern und Staatsmännern und durch alle meine Adern strömt jene große unsozialdemokratische Krankheit, welche die Toleranz heißt und vergiftet den Fäustling und Knüttelmeier in mir. Denn ach! nicht jeder hat einen solchen Straußennagen, daß er Aulern und Champagner vertilgen und nachher die Apotheose der lazedämonischen Suppen reden kann. Die meisten menschlichen Mägen sind die Felsklüfte des Gehirns und ich habe beim Schnapsglase schon manchen Brutus getroffen, den ich beim Champagner als Cäsar wiederfand, eben so manchen auf Schnaps heruntergekommenen Cäsar, der zum Brutus wurde. Sonst bin ich mit allem Möglichen und noch einigem Andern einverstanden und meinetwegen mag der Kommunismus schon morgen eingeführt werden.

Es thut mir daher auch aufrichtig leid, daß es noch immer Menschen giebt, welche an diese Universalmedizin nicht glauben wollen. Ein dummer Chinese erklärte mir unlängst fogar, es sei eine Thorheit von einer „sozialen Frage“ überhaupt zu reden. Ich machte gewaltig große Augen und fragte den Orientalen nach seinen Gründen. — Weil es wohl Gesellschaften, aber noch keine Gesellschaft giebt und weil eine einzige misgathene Theecerte in China in ihren internationalökonomischen Folgen jede, in einem oder andern europäischen Staate begonnene, sozialdemokratische Umgestaltung im Keime ersticken kann, war die Antwort. Ein Yankee, der zugegen war, versetzte sich fogar zu folgender Behauptung:

— Lassen Sie einen kommunistischen Völkertongress tagen und rufen Sie in den Sitzungsaal hinein: Gentlemen: Draußen regnet es „Cagles“ und „Sovereigns“, so läuft die ganze Asien-blee auseinander und hält den Hut hin.

Was helfen also alle die „furchtbaren Wahrheiten“, welche Karl Marx verkündet? Es sieht mit der That gewordenen christlichen Wahrheit schwindföchtig genug aus und diese Wahrheit kostet uns oft nicht mehr als einen Silbergroßen. Ich glaube wirklich, wie dem Kameel der Höcker angeboren ist, so ist den normalorganisirten Menschenkindern der Trieb nach ausschließlichem Eigenthum

angeboren und ob das Eigenthum zehnmal ein „Diebstahl“ wäre, Jahrtausende der Weltgeschichte haben uns spitzbabisiert, und ich zweifle, ob wir in einigen Jahrhunderten „ehrliche Leute“ werden können. Selbst wenn wir es wollten, selbst wenn wir in einem Lande Alles kurz und klein schlagen, was Kunst, Wissenschaft und Wissenschaft nach herrschenden Begriffen Großes und Schönes geschaffen, selbst dann kann in dem Komplex von Gesellschaften dieser Erde ein einziger Volksstamm, der uns den „Pump“ verweigert, unser ganzes destruktives Wirken zwecklos machen. —

Wie gesagt, es thut mir aufrichtig leid, daß dem so ist, allein es ist nun einmal so, und mit schmerzlicher Resignation muß ich die süße Hoffnung, ein Kommunist zu werden, fahren lassen. Da aber auch ich vor keiner logischen Konsequenz zurückschrecke, so glaube ich, wäre es das Zweckmäßigste, eine große, kolossale Räuberbande zu bilden und die ganze Kultur zwischen Nord- und Südpol mit Feuer und Schwert und Petroleum zu zerstören, damit der uns Vipeben angeborne Individualismus auf der Erde nicht noch riesige Landstrecken findet, wo er sich mit der Arbeit an unseres Herrgotts gedeckter Tafel setzen kann. Nur Petroleum und Petroleum darf fortan das A und O wandern gestattet sein, denn der kleinste Hinterwäldler zerstört uns wie ein Wurm die Ideale, die wir in Perleberg und Poschemulde begn und pflegen, indirekt, von kleinen Versuchungsscherzen, denen wir durch Erbschaften, Glückfälle u. c. selber unterliegen können, gar nicht zu reden.

— Eine „soziale Frage“, die man lokalisieren muß, ist keine soziale Frage mehr, sondern ein Lokalexperiment. Und jedes dieser Experimente scheitert an der Thatsache, daß ein soziales Bewußtsein internationalökonomisch noch gar nicht existirt, so lange die weite Erde noch dem Individualismus Spielraum bietet und ihn fortwährend in Versuchung führt. Wenn wir uns also gegen einen einzigen Bourgeois in Europa schlagen, so schlagen wir uns damit zugleich gegen Millionen von Chinesen, Persern, Hottentotten, Indianern und Mongolen, und ziehen bei dieser unfassbaren Uebermacht naturgemäß den Kürzeren. Somit habe ich denn in der That als rechtschaffener Kommunist nur die Alternative zu stellen, auszuwandern oder die Erde in Petroleum zu tauchen und anzuzünden. Aber die ganze Erde auf einmal, wenn ich bitten darf. Was hilft der Mikroskopismus den

unter die Infallibilisten gezählt wurde. Dieser sowie der Fürstprimas, der Kalocsaer Erzbischof Haynald, die Bischöfe von Siebenbürgen, Bistien, Munkács, Eperies, Eszénad und Szamosújvár, sowie der Erzbischof von Agram und die Bischöfe von Diakovar und Kreutz sind annoch bei ihren früheren Erklärungen verblieben, ja von einzelnen glaubt man bestimmt annehmen zu dürfen, daß sie ihren „Nacken“ niemals unter das römische Joch beugen werden.

Frankreich.

Die Ernennung des Herrn v. Rémusat zum Minister des Auswärtigen wird von der Presse im Allgemeinen sehr günstig aufgenommen; nur die klerikalen und legitimistischen Organe sind von ihr wenig befriedigt. „Herr von Rémusat“, klagt der „Univers“, „wird im Ministerium weit mehr Herrn Thiers als irgend eine Schattenfigur der Nationalversammlung vertreten.“ Und in gleichem Sinne meint die „Gazette de France“: „Herr v. Rémusat ist weder Abgeordneter noch von der Majorität gern gesehen; wir haben also wieder nur einen antiparlamentarischen Minister.“ Auch macht die „Gazette“ dem neuen Minister zum Vorwurf, daß er den Wiener Gesandtschaftsposten ausgeschlagen hätte, „unter Umständen, die eben nicht von seinem politischen Scharfsinn Zeugnis gaben.“ Die republikanischen Blätter, wie der „Siècle“, der „National“, zählen auf die Loyalität des ehrenwerten Intimus des Herrn Thiers, und die orleanistischen Organe, wie die „Debat“, das „Journal de Paris“, der „Français“, streuen ihrem alten Freunde natürlich nur Weihebräut. Ueber die persönliche Stellung des Herrn v. Rémusat zu den Tagesfragen der auswärtigen Politik und namentlich zu der römischen Angelegenheit erfährt man hierbei nirgend etwas Näheres; er scheint absolut nur ein Sozusagen des Chefs der vollziehenden Gewalt zu sein. Einige Blätter erwähnen beifällig, daß der gelehrte und als diplomatischer Schriftsteller gewiß der besten Schule angehörige Minister auch des Deutschen vollkommen mächtig ist und vor Jahren sogar einige Schauspiele von Göthe und mehrere Schriften von Kant überfetzt hat. Sehr wohlwollend äußert sich über den neuen Staatskanzler Herr Edmond About im „Soir“, wobei man freilich nicht vergessen darf, daß derselbe sich noch immer um den Gesandtschaftsposten in Lissabon bewirbt.

Der offiziöse „Moniteur“ enthält folgende Mitteilung: „Die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Baiern sind auf regelmäßige Weise aufgenommen worden. Das bairische Kabinett war in Paris bereits durch einen Geschäftsträger vertreten. Das verfallener Kabinett wird seinerseits einen solchen nächstens nach München senden. Es soll Herr Lefebvre de Behaine sein, der lange Zeit in Berlin war, wo er von seiner Regierung auf gerechte Weise gewürdigt wurde. Was auch gewisse Journale sagen mögen, und ungeachtet des Beispiels, welches die englische Regierung gegeben hat, werden die französischen Legationen in Süddeutschland nicht unterdrückt werden, und wir werden fortfahren, diplomatische Agenten in Stuttgart und Karlsruhe zu haben.“

Nach londoner Nachrichten wäre die Zahl der nach England geschickten Mitglieder und Organe der Kommune viel größer, als man insgemein glaubt. Wir nennen unter denselben nur folgende: Felix Pyat, Bergeret, Cerailler, Dereure, Bailant, Oberst Parent, Wégy, Rousselle, Direktor der Ambulanzen und der Intelligenzorgane, Roussel, Polizeikommissar von Montmartre, welcher nach dem 31. Oktober Flourens bei sich versteckt hatte, Le Moussu, Polizeikommissar des Wohlfahrtsausschusses, Forestier, Sekretär des Wohlfahrtsausschusses, Ledrault, Lissagoray, Durand, Cassier der Kommune; Lefrançais und Bélinier, die beide nicht, wie es hieß, fürklirt worden, sondern kürzlich aus der Schweiz in London eingetroffen sind. Die Wittne und die Kinder, so wie der Bruder des Generals Dombrowski befinden sich ebenfalls in London. Alle diese Personen zeigen sich dort ohne Scheu in den Straßen; nur Felix Pyat, vorichtig wie immer, hält sich sorgfältig verborgen. Briefe aus New-York endlich melden, daß die Generale Cluseret und La Cecilia dort angekommen sind. — Der Pianist Henri Dombrowski hat soeben einen Prozeß gegen den Photographen Pierre Petit und die Kunsthandler Audouard, Préau, Hibert und Hautecœur angestrengt: er verlangt von denselben einen Schadenersatz von 100,000 Francs, weil sie seine Photographie in mehr als 200,000 Exemplaren als das angelegte Portrait des bekannten Generals der Kommune in Umlauf gesetzt hätten. Die Sache kam gestern vor dem Zivilgericht der Seine zur ersten Verhandlung; das Urtheil ist aber noch nicht gefällt.

Während der Belagerung von Paris sprachen alle Blätter von einer wichtigen Entdeckung, welche die Herren Decanis und Beaume gemacht haben sollten. Dieselben wollten nämlich ein griechisches Feuer entdeckt haben, welches stärkere Wirkungen haben sollte, als das der alten Griechen, und das, wie es in ganz Paris hieß, eine solche Macht besäße, daß alle „Brüssler“ vor Paris als dem Tode geweiht zu betrachten seien. Der „Reveil“ von Delesscluze und der „Combat“

Pariser Zerstörungen? Die ganze Menschheit sticht wieder zusammen, was so schön auseinandergerissen wurde, und wenn wir recht genau zusehen, so finden wir nur verbrannte Illusionen! —

Freilich, vielleicht mag das „zur Sache“ gehören. Wenn wir die Erde betrachten, so ist sie durch eine Reihe von geologischen Umwälzungen geworden, wie sie ist und im steten Zerstören schafft die Natur. Es ist das Gesetz der Natur der Menschheit, glaube ich, daß auch sie im steten Selbstzerstören — ewig hinter ihren Idealen zurückbleibt und sich von Phrasenmachern leithammeln läßt. Man muß also mit dem kleinsten realen Fortschritt zufrieden sein.

Zum Glück herrscht bei den Sozialdemokraten das falsche Gesetz und die Weiber sind nicht sukzessionsfähig in den Thronbesteigungen. So Majestät Gasenclaver L. konnte daher auch jenes weife Redewort erlassen, welches der individuellen „Ruhst“ nur 10 Minuten gab. Die Nothwendigkeit die alten Pfaffen in der Kürze zu sprechen, macht dieselben monoton, öffnet aber gleichzeitig dem geistigen Individualismus Thür und Thor.

Und nach der zehnten Minute kriegt jeder Mund die Ruthe.

Es ist keine Kunst, einen „Beurgeois“ anzusehen und ihm ein grimmes Gesicht entgegen zu schneiden. Aber es ist schwer, in die eigenen Tiefen des menschlichen Ich's hinabzublicken, in diesen brodelnden Schlund der widerstreitendsten, von tausend Zufälligkeiten abhängenden Leidenschaften. Armer Zweiflüßler ohne Flügel! Du schwärzst heute Abend mit mir von Menschenwohl und Menschenglück. Begeistert reden wir bis weit über die Mitternacht hinaus. Unsere Nerven sind abgepannt. Wirre Träume quälen uns am Rest der Nacht und wenn wir am Morgen erwachen, so saugt das erste Tageslicht unser Stimmung von gestern auf, wie der Sonnenstrahl den Thautropfen und — Gott sei Dank, daß wir in solchem Moment nicht nötig haben, der Menschheit Gesetze zu geben! rufen wir aus, wenn wir ehrlich gegen uns selber sind. Wind und Wetter, ein Katharr, ein Pötagra beherrschen uns und unsere Stimmungen und wir — fletzen? — Ich will es glauben, sobald ich nur einen einzigen Mustermenschen gesehen habe; d. h. einen solchen, der sich gleich selbst kann, ob er ein Glas Wasser oder 20 Schnäpfe getrunken hat. Aber sie sind schwach und schwer krank, diese armen Sozialdemokraten.

von Felix Pyat eröffneten Subskriptionen, um das Werk dieser beiden Patrioten zu begünstigen, und die Pariser, welche sich schon von den „Brüssler“ befreit wählten, zeichneten ziemlich starke Summen. Heute stellt es sich nun heraus, daß einer der Erfinder, nämlich Decanis, verhaftet worden ist, weil er keine Rechenschaft über die Gelder ablegen kann, die damals für ihn gesammelt wurden.

Verfaillés, 5. August. Aus den Verhandlungen der Nationalversammlung am 2. und 3. August ist zunächst die Interpellation des Abg. Perrot von Interesse.

Herr Perrot richtet an den Finanzminister folgende Bemerkungen: Preußen hat uns gezwungen, in den von ihm besetzten Departements die direkten Steuern und die indirekten im Verhältnis von 150 Proz. der direkten Steuern zu bezahlen, das macht $\frac{1}{2}$, der französischen Landessteuer. Die Zahlung mußte bei Strafe der Plünderung binnen 48 Stunden geleistet werden. Diese Erhebungen dauerten auch nach dem Kriege noch fort. Der Minister des Auswärtigen sagte uns, daß Preußen dabei nach dem Wortlaute der Präliminarien in seinem Rechte wäre, daß uns aber die gezahlten $\frac{1}{2}$, angerechnet und nur noch $\frac{1}{2}$, abgefordert werden sollte. Nun machen aber die Steuereinnahmer auch Anspruch auf jene $\frac{1}{2}$, indem sie nicht nur die Regierung, sondern auch die Nationalversammlung für diese mißliche Sachlage verantwortlich machen. Der Finanzminister Hr. Pouyer-Quertier beruhigt den Interpellanten, daß die an den Feinde gezahlten $\frac{1}{2}$ nicht noch einmal erhoben werden sollen. Nun trete aber eine andere Frage hinzu. Die Anforderungen Preußens sind in der letzten Zeit gestiegen. Es hatte vorföhrlicher Weise während der Monate Januar und Februar nicht nur die direkten Steuern, sondern auch 150, ja bisweilen 300 und 400 Prozent dieser direkten Steuern als Kompensation für die indirekten Steuern erhoben. Von 150 Proz. wollte es nicht ablassen. Ich unternehme Schritte, um die Ungerechtigkeit dieser Forderung darzuthun, und erwirke, daß die Steuer nur für jeden fälligen Monat verdoppelt werden soll. Inzwischen hatten an einigen Stellen die städtischen Verwaltungen die Steuer schon geleistet, während die Bevölkerungen noch nichts gezahlt hatten; in diesen Fällen erhebt die Regierung von den Landbevölkerungen jetzt den entsprechenden Betrag, um den Städten ihre Vorhülle zu rückerstatten zu können. Wenn irgendwo etwas gezahlt worden ist, was die Verträge nicht vorschreiben, so wäre es wünschenswerth, daß man dies der Regierung anzeige, damit sie es bei ihren Abrechnungen mit der preussischen Verwaltung geltend machen könne. Feltrean-Willenrube: In vielen Gemeinden ist es vorgekommen, daß man die Verpflegung der Truppen, namentlich seit dem März, nicht direkt übernehmen konnte und daß manche Gemeinde dafür 5000 Frs. pro Tag zahlen mußte. Wie stimmt das mit dem Friedensschlusse, nach welchem Frankreich täglich für die Verpflegung der Okkupationsarmee 1,250,000 Frs. zu zahlen hat? Die Regierung muß also, wenn sie nicht direkt an die Preußen zahlt, den Gemeinden ihre Ausgaben wiedererstatten. Pouyer-Quertier: Ich bitte die Gemeinden, ihre Reklamationen direkt an das Finanzministerium zu richten, damit diese Frage gelöst werden könne. Bei dieser Gelegenheit kann ich eröffnen, daß die Summe für den Unterhalt der Truppen nicht mehr die alte ist. Die erste Milliarde ist seit gestern vollkommen gezahlt und in Folge einer neuen Konvention beträgt die Zahl der in Frankreich verbleibenden preussischen Truppen (der Minister kann sich von der nationalen Gewohnheit nicht lösen, immer nur von „Preußen“ und „preussischen“ Truppen zu sprechen) nicht mehr 500,000 Mann und 150,000 Pferde, sondern 150,000 Mann (die Zahl der Pferde giebt der Minister nicht wieder an), so daß wir jetzt nicht mehr 1,250,000 Frs., sondern 340,000 Frs. täglich zu zahlen haben, was noch immer eine gar schwere Last ist. Mit dieser Summe muß aber nicht nur die Verpflegung, sondern auch der vollständige Unterhalt der deutschen Truppen gedeckt sein: 1 Frs. 75 Cent. für den Mann Infanterie, 2 Frs. 50 Cent. für die Kavallerie täglich ist vollkommen ausreichend. Die preussische Verwaltung erkennt dies auch an und ich wiederhole daher: die Gemeinden, welche zu andern Zahlungen herbeigezogen werden, haben nur ihre Beschwerden bei mir einzubringen, damit dieselben in der Abrechnung, die ich alle vierzehn Tage mit der preussischen Administration halte, geltend gemacht werden können. (Beifall.)

Aus der gestrigen Sitzung ist die Debatte über die Entschädigung der vom Kriege heimgekehrten Departements zu reproduzieren:

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Antrages des Herrn Claude (Meurthe) und Genossen, wonach der 33. Departements durch den Krieg widerfahrne direkte und indirekte Schaden vom ganzen Lande getragen werden soll. Die Kommission erklärt sich durch den Berichterstatter Herrn Grévy (Albert) mit dem Prinzip dieses Antrags einverstanden. Die Reklamationen der betroffenen Provinzen belaufen sich auf etwa 670 Mill., wobei die von der Stadt Paris geleistete Kontribution von 200 Mill., die in ein anderes Kapitel gehört, nicht mit eingerechnet ist. Der Berichterstatter führt aus, daß, wie der Krieg selbst ein nationaler Akt ist, auch seine Kosten und alle seine materiellen Folgen offenbar von der ganzen Nation getragen werden müssen; es liege hier, wenn nicht eine gesetzliche, doch eine moralische Verbindlichkeit vor, welcher Frankreich sich nicht entziehen könne, ohne sich selbst zu entehren. (Beifall.) Die französische Staatseinheit schaffe hier eine Solidarität, welche zu verleugnen ebenso unpolitisch als ungerecht wäre. Was die von dem Feinde er-

Ein leiser Hauch des Mundes, der wie Widerspruch klingt, läßt sie zu Hunderten toben und wüthen, als hätten sie Bilsenfrant verschluckt müssen. Sie sind den allerschwächsten Strapazen im Feldzuge gegen die Gesellschaft nicht gewachsen.

Doch noch einen Schritt weiter in der Restauration der Sozialdemokratie. Jedes Mitglied der „Internationale“ muß sich eidlich verpflichten, wenn er aus einem Arbeiter einmal ein Meister geworden ist, Vorstricker zu werden, d. h. seine Kundschaft aufhören zu bedienen, wenn diese ihm nicht einen bestimmten Prozentsatz mehr für seine Waare bezahlt. Aber auch das scheint in der leidigen Menschenmatur zu liegen, daß der Meister und Prinzipal sofort den Gesellen und Arbeiter vergißt, der in ihm einst gesteckt hat. O! man erfindet das Mittel, daß man nicht naß wird, wenn man in's Wasser fällt!

Inzwischen helfen die Internationalen in Frankreich den Nationalhaß gegen Deutschland schüren und die deutschen Internationalen bedanken sich noch obenein für die Ohrfeigen, die sie von Paris aus erhalten, dazwischen zischt wie eine Ringelnatter das Unfehlbarkeitsdogma und sucht das Nestchen gesunden Menschenverstand in der Wüste der Parzeien vollends zu vernichten. Es ist ein Glück, daß diese, wie alle Konfusionen Schaum sind, Spritzwellen, die an dem „Rocher de Bronze“ der kaltblütigen Vernunft zerschellen. Seien wir daher tolerant gegen den Unverstand, wir können gar nicht tolerant genug sein. Halten wir ihm den Spiegel vor; je oft er hineinsieht, desto besser.

Was mich betrifft, so bin ich so weit gekommen, daß ich jedem Commisvoyageur des Unverständes meine Kundschaft verspreche und weiter Nichts von ihm verlange als ein einziges Muster der Artikel, in denen er „macht.“ Ich sehe nicht ein, warum wir Bipeden nicht auch im „Kommunismus“ glücklich sein können und bitte darum nur, mir die dazu unumgänglich notwendigen Kommunisten zu zeigen, d. h. die braven Leute, auf welche der „schöne Mannon“ gar keinen Eindruck macht; deren Stimmungen und Neigungen nicht getrene Unterthanen von „la sacré Majesté le Hazard“ sind. Einweilen begnüge ich mich damit, es mit den rechtschaffenen Leuten zu halten, die in allen Parteien zu finden sind und mit welchen ich lieber die Friedenspfeife rauche, als mich mit ihnen zu raufen.

Gehorsamer Diener!

W. Marr.

hohen Steuern betrifft, so habe der Finanzminister schon erklärt, daß dieselben nicht von der Regierung noch einmal eingefordert werden sollten, und damit implizite auch die Rechtmäßigkeit der anderen Entschädigungsforderungen der Departements (für Kontributionen, Requisitionen, Geldstrafen und materielle Schäden) zugestanden. Uebrigens sei die Summe, um die es sich handelt, sehr übertrieben worden. Nach den bisher gepflogenen Erhebungen würde es sich, ziemlich genau berechnet, um 666 Mill. handeln und selbst diese Ziffer wird noch durch die Kantonalkommissionen, welche die Details zu prüfen haben, nicht unerheblich herabgesetzt werden können. Es liege im Interesse des Staatskredits selbst, diese Frage loyal zu lösen und der nationalen Arbeit die Mittel zu neuer Thätigkeit in die Hand zu geben. Zudem soll für jetzt nur das Prinzip anerkannt werden und das Wieviel, das Wie und Wann der Entschädigung einem späteren Gesetze vorbehalten bleiben. Preußen entschädige auch seinerseits reichlich die annektirten Provinzen für den erlittenen Schaden; wie sollten wir für die Nachbarn von Elsaß und Lothringen nicht daselbe thun? Wir sind dazu verpflichtet durch die Billigkeit, die Gerechtigkeit und die Nationallehre. (Lebhafter Beifall.)

Herr Thiers: Ich möchte nicht in die Diskussion eintreten, sondern nur die Versammlung ersuchen, dieselbe nicht etwa mit dem Vorurtheil fortzusetzen, daß die Regierung mit dem Prinzip, welches hier soeben ausgeführt worden, einverstanden wäre. Man verlangt von mir zweierlei: ein Prinzip und die Antragung einer Schuld. Ich bestreite das Prinzip und beharre auf diesem Standpunkt, den ich aus der Jurisprudenz des Staatraths und des obersten Gerichtshofes selbst werde rechtfertigen können. (Unruhe.) Vergessen Sie nicht, daß, wenn auf der einen Seite ein sehr achtungswerthes Interesse, das der heimgekehrten Provinzen, steht auf der anderen Seite das noch heiligere Interesse des Staates selbst und seines Schatzes und Kredits zu finden ist. (Sehr gut.) Und da muß ich Ihnen offen erklären: Sie werden sehen, daß man nicht viel weniger als eine Milliarde von uns fordern wird, und ich erkläre, daß der Staatsschatz eine solche Summe nicht zahlen kann. Wenn ich also das Prinzip und die Schuldpflicht bestreite, so bestreite ich darum nicht, einmal daß die in Rede stehenden Provinzen schwer gelitten haben und zweitens, daß der Staat für diese Leiden nicht gleichgültig bleiben darf. In diesem Sinne habe ich eine reichliche Beihilfe zugestanden, die vielleicht um so werthvoller ist, als sie in naher Frist geleistet werden soll. Weiter kann ich aber nicht geben. Dies wollte ich erklären und überlasse nun das Wort den Vertretern der Gegner des Kommissionsantrages. (Beifall auf der einen, Unruhe auf der anderen Seite.)

Von diesen Gegnern lassen sich nun zwei Vertreter der von der Invasion nicht betroffenen Departements vernehmen, Herr Michel (Basses-Alpes) und Herr v. Ventavon (Siere). Beide warnen vor einer Gefühlspolitik, welche den Gesamtinteressen des Landes gefährlich werden könnte. Die Solidarität könne nicht auf die Spitze getrieben werden; sonst müßte man schließlich auch jeden Kaufmann entschädigen, der durch den Krieg Verluste erlitten hätte, und jede Familie, welcher ein Mitglied getödtet worden wäre. Frankreich, sagt Herr Michel, welches sich einem Abenteuer und Verschöbder in die Arme warf, hat sich eben die Folgen nur selbst zuzuschreiben. Da Hr. Louis Bassin, ein Anhänger der Indemnität und Abgeordneter des Eure-Departements, auf das Präzedenz der hundert Tage und der Restauration hinweist, wo ebenfalls 100 Mill. für die vom Feinde betroffenen Departements ausgeworfen wurden, beruft sich Herr v. Ventavon im Gegentheil auf eine Entscheidung des Konvents vom Jahre II, wonach Indemnitäten für Kriegsleiden nur durch ein besonderes Dekret nach vorgängiger Prüfung eines Finanzkomites bewilligt werden sollen, und erinnert daran, daß auch im Jahre 1816 nur die am schwersten betroffenen Departements mit Unterstügungen und Steuerbefreiungen bedacht worden seien, das Prinzip einer Entschädigungspflicht für den Staat aber niemals anerkannt worden sei. So sei es auch später bei der Belagerung von Antwerpen, bei Aufständen in Paris und Lyon gehalten worden. Herr Laurier: Man sollte einfach den Urheber des Krieges verfolgen und eine Klage auf Schadenersatz gegen den Kaiser der Franzosen anstrengen. Herr v. Ventavon: Ich will Ihnen sagen, warum wir geschlagen worden sind; Wir hatten unsere Allirten verloren und dieser Verlust war nicht von gestern, sondern geht bis 1830 zurück. Die Restauration hat Europa mit einer Institution beschenkt, welche eine Bürgerkrieg des Friedens zu sein versprach. Was geschah aber? Die heilige Allianz erregte den ganzen Zorn des falschen Liberalismus der Zeit und schließlich war es der Degen Frankreichs selber, welcher im Süden Europas alle kleinen Staaten unter einen Hut brachte und im Norden den Keim zu der deutschen Einheit legte. (Rärm.) Die Rechte klatscht Beifall; Herr Buffet fragt, wie dies mit der vorliegenden Frage zusammenhänge; die Linke ergeht sich in spöttischen Erklärungen. Herr v. Ventavon fährt unbeirrt fort: In der Krieg ein Fehler: Meine Herren, wenn der Krieg unglücklich ausfällt, ist er immer ein Fehler, fällt er glücklich aus, so ist er ein ruhmvoller Akt. So hat das Volk immer geurtheilt, und ich frage diejenigen, die mich unterbrechen: Die Hand aufs Herz, wenn unsere Soldaten, welche unter dem Rufe: Nach Berlin! auszogen, diesen Ruf ausgeführt hätten, wenn unsere Grenze, wie Victor Hugo gewünscht hatte, bis nach Mainz vorgedrückt worden wäre, hätten diejenigen, die mich jetzt unterbrechen, zu behaupten gewagt, daß der Krieg unvernünftig wäre? (Viele Stimmen links und im linken Zentrum: doch! doch!)

Auch ein Beamter der pariser Kommune.

Ludovic Hans erzählt in der „Opinion nationale“ folgende hübsche Geschichte von einem Beamten der Kommune: Da er keine Lust hatte, sich mit dem Gewehr zu schleppen, ging er zu seinem alten Freunde Cavalier, genannt pipe-en-bois, dem Ingenieur en chef der städtischen Arbeiten, und bat ihn um eine bürgerliche Stellung. — „Ich ernenne Dich zum Schiffahrts-Inspektor, mit 125 Franken Gehalt monatlich“, sagte Cavalier. — „Oh, ich sehe nicht auf das Gehalt!“ — „Nimm es immerhin; man würde mich sonst beschuldigen, das Geld in die Tasche gesteckt zu haben.“ — „Gut denn; Du giebst mir 125 Franken, damit ich die Schiffahrt beaufsichtige. Was habe ich nun aber zu thun? — Diese Frage setzte den Ingenieur en chef ein wenig in Verlegenheit. Nach kurzem Nachdenken sagte er: — „Du wirst die Angler darauf aufmerksam machen, daß in dieser Jahreszeit das Angeln verboten ist. Nur muß ich Dir bemerken, daß sie Dich wahrscheinlich mehrmals im Laufe des Tages ins Wasser werfen werden. Kannst Du schwimmen?“ — „Sehr wenig.“ — „Gut denn; so überwache nur die feinsten Stellen. Du nimmst ein Kapitän-Käppi; nur drei Egen. Cluseret kann die Stiderei nicht leiden.“ — Am anderen Tage trat der Unglückliche sein Amt ein, mit einer Furchtsamkeit, die nur seiner Gewissenhaftigkeit gleichkam. Sobald er einen Angler bemerkte, näherte er sich ihm mit der harmlosesten Miene. — „Guten Tag, citozen“, sagte er. Schönes Wasser. Man sagt unsere Truppen haben Anieries genommen. . . . Macht Ihnen die Ausdunstung des Wassers nicht Gliederreizen? Denn Sie fischen glaube ich?“ — „Allerdings.“ — Hübsche Beschäftigung. . . . Jamoier Erfolg das, in Anieries. . . . Aber glauben sie nicht, daß es verboten ist, in dieser Jahreszeit zu angeln? Ich habe mir sagen lassen. . . . — Zum Henker mit dem Verbot! Das wäre der Mühe werth, unter der Kommune zu leben, wenn man nicht thun könnte, was Einem beliebt.“ — „D, darin haben Sie recht; aber Sie haben nichts zu trinken; wollen Sie mir nicht die Ehre erweisen, ein Glas Wein anzunehmen?“ — Und flugs schleppte er seinen neuen Bekannten in ein Kaffeehaus, wo er die verschiedensten Getränke aufsticheln ließ, um seinen nur von seiner strafbaren Beschäftigung abzuhalten. Er gab im Laufe des Monats 1800 Franken bei den Weinhändlern aus und verbündete dadurch mehr als 60 Ueberrückungen des Gesetzes. — Und die 125 Franken? — Sie sollten ihm just am Tage nach dem Eintritt der Truppen von Verfaillés ausbezahlt werden.

Widerspruch rechts.) Redner schließt unter lebhaftem Beifall seiner Partei, man solle den heimgekehrten Provinzen wohl eine angemessene Unterstützung, aber nicht einen prinzipiellen Anspruch auf vollkommene Entschädigung zuerkennen.

Nizza, 30. Juli. Von dem früheren Deputierten Baralis, der gegenwärtig in Turin sich aufhält, ist dort eine Broschüre erschienen, welche in der nachdrücklichsten Weise die Wiedervereinigung der Grafschaft Nizza mit Italien befürwortet. Die Franzosen kommen in jener Schrift überaus schlecht weg. Sie werden das „despotischste, ungerechteste und unverträglichste Volk genannt, welches Europa bewohne, das nachgerade die Franzosen zu verabscheuen beginne.“ „Ist es nicht geradezu unerhört“, fährt der Verfasser der Broschüre fort — „daß eine Regierung und ein Volk, die heute sich wieder republikanisch nennen und dem Despoten Louis Bonaparte, der Frankreich 20 lange Jahre mit Füßen trat, die ärgsten Verwünschungen nachrufen, einen nichtwürdigen Akt desselben Despoten, den Raub Nizzas, gewaltsam aufrecht halten wollen?! Was erschrecken sich diese Franzosen, von einem „Raube“ Elsaß-Lothringens durch die Deutschen zu reden? Dort gehört wenigstens, wie geschichtlich erwiesen, der Boden den Deutschen; wenn die deutschen Elässer ihr Volk verleugnen und Franzosen sein wollen, so ist es ihre Sache, sich nach Frankreich zu scheeren. Aber in Nizza ist nichts französisch als die brutale Gewalt, die, unverkennbar genug, auch von der gegenwärtigen „Republik“ als ein Rechtstitel hingestellt wird.

Portugal.

In der portugiesischen Abgeordnetenversammlung ist am 29. Juli eine ähnliche Szene vorgekommen, wie nicht lange vorher im spanischen Kongresse, als die Sitzung aufgehoben werden mußte. Es stand eine Wahlprüfung auf der Tagesordnung, welche der Regierung nicht angenehm zu sein schien. Der Präsident des Staatsrathes, Marquis von Villa, erklärte, daß er den Saal verlassen müsse, weil man ihn im Staatsrathe erwarte. (Unterbrechung.) Wenn es der Kammer gefalle, die Verhandlung in Abwesenheit der Vertreter der Regierung fortzuführen, so könne es ihm schon recht sein. Herr de Castro, der mit der Anregung dieses Gegenstandes eine Bombe in die Kammer geschleudert habe, hätte wohl die Folgen seiner Unklugheit nicht vorhergesehen. (Andauernde Unterbrechung.) Redner bittet den Vorsitzenden, ihm zu sagen, ob er zur Abgeordnetenversammlung spreche oder im Gegentheil auf der Gasse, auf offenem Markte. (Lautes Murren.) Der Redner kann nicht mehr zu Worte kommen, der Vorsitzende ruft vergebens die Kammer zur Ordnung, setzt endlich den Hut auf und schließt die Sitzung.

Großbritannien und Irland.

London, 4. August. Ohne Zweifel ist es schon manchem Bewohner des Festlandes bei feierlichen Gelegenheiten aufgefallen, wie spärlich die diplomatischen und militärischen Vertreter Großbritanniens mit glänzendem Ordensschmucke geziert waren. Der Grund hierfür liegt einfach darin, daß der Briten nach den Gesetzen seines Landes von dem internationalen Ordensausstausche ausgeschlossen ist. Kein englischer Unterthan darf einen ausländischen Orden annehmen, es sei denn, derselbe werde ihm für Verdienste verliehen, die er in einem Kriege geleistet, an welchem England ebenfalls Theil genommen. Andere Dekorationen, die nicht, genau genommen, in die Klasse der Orden gehören, dürfen nur angenommen und getragen werden, wenn sie im wirklichen Dienste der diesseitigen Regierung erworben worden. Unter der letzteren Bestimmung wurde es dem englischen Militärbevollmächtigten in Berlin, General Walker, gestattet, das Eisene Kreuz anzunehmen und zu tragen. Andererseits wurde dieselbe Erlaubnis dem Kapitän Henry Bradbury von der Artillerie, der als Professor der Kriegsgeschichte bei der Artillerieschule in Woolwich, als Militärschriftsteller und als Berichterstatter der „Times“ bekannt ist, abgeschlagen. Das Kriegsministerium untersagte ihm, das Eisene Kreuz, den bairischen St. Michaels-Orden und das Offizierskreuz der Ehrenlegion, die ihm als Vertreter der englischen Gesellschaft zur Pflege der Kranken und Verwundeten für treue und aufopfernde Thätigkeit während des Krieges zu Theil wurden, anzunehmen. Castwid hat in Folge dessen eine Interpellation im Unterhause angezeigt, um die Ermäßigung dieser strengen Bestimmungen für dergleichen Fälle erwirken.

Rußland und Polen.

!! **Petersburg, 3. August.** Eine Deputation aus Czechen und Ruthenen bestehend, hatte eine Petition zu übergeben und zu diesem Zweck eine Audienz beim Minister des Innern nachgesucht. Wie ich höre, ist jedoch nicht nur die erbetene Audienz verweigert, sondern auch die Petition nicht angenommen worden. — Eine darauf beim Minister des Auswärtigen eingereichte Vorstellung wurde ebenfalls unberücksichtigt gelassen, da dieselbe eine internationale Angelegenheit betreffe, die vorgeliegt nicht vor das Forum dieses Ministeriums gehöre. Was die Petition enthielt, ist nicht bekannt geworden, doch ist anzunehmen, daß es sich um Interessen des Panславismus handle, da einige der Deputationsmitglieder dem Zentralkomitee des Slavischen Vereins angehören. Der Vorfall dürfte neuerdings einen Beweis liefern, daß die Regierung, so viel auch die dieser Richtung zugehörigen Blätter von den Fortschritten des Panславismus fabeln mögen, mit derartigen Strebungen nicht viel gemein haben will. — Im Kultusministerium ist man gegenwärtig mit Reformen des Ferienwesens für die höheren Schulanstalten beschäftigt; es sollen vornehmlich die Sommerferien bedeutend verkürzt werden. In Litthauen und Polen, wo von den römisch-katholischen Schulanstalten neben den Galatagen und russischen Festtagen auch die katholischen Feiertage gehalten werden, sollen künftighin nur die ersten Beachtung finden, die letzteren aber ganz weggelassen. So lautete wenigstens die betreffende Vorlage; ob sie in dieser Weise ganz zur Durchführung kommen werde, steht dahin.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 8. August.

— Die „Agence Havas“ meldet: „Die Behauptungen des „Ezas“ und der „Posener Zeitung“, daß Frankreich die polnischen Flücht-

linge ausgewiesen habe, entbehre jeder Begründung. Kein Pole, mit Ausnahme der bei der letzten Insurrektion Kompromittirten, ist Gegenstand irgendwelcher strengen Maßnahmen in Frankreich gewesen.“ Im Widerspruch mit dieser Berichtigung der „Agence Havas“ steht, was dem Krakauer „Kraj“ aus Genf über die Lage der jetzt massenweise aus Frankreich flüchtenden polnischen Emigranten geschrieben wird: „Die Lage unserer Landsleute, die immer größerer Zahl aus Frankreich über die schweizerische Grenze kommen und uns hier zur Last fallen, ist wahrhaft entsetzlich. Wir sind hier vollständig von allen Fonds entblößt und haben, außer dem kärglichen Groschen, den sich jeder sauer und schwer verdient, absolut nichts, um die Unglücklichen zu unterstützen. Durch meine persönlichen Bekanntschaften gelingt es mir wohl hin und wieder einige Kleidungsstücke für die gänzlich abgerissenen Auswandernden aufzutreiben, aber ich fürchte, daß auch diese geringe Hilfsquelle bald gänzlich versiegen wird, und dann weiß ich in der That nicht, was wir anfangen werden. Die schreckliche Noth zwingt uns, unsern Hilferuf an das Heimathland zu richten. Wir werden alles mit Dank annehmen, was ihr uns zukommen laßt, und wenn es auch nur Wäsche und Kleidungsstücke sind. Wir wissen zwar, daß auch ihr in der Heimath Arme genug habt, die eurer Unterstützung bedürfen; aber vergeßt nicht, daß hier in der Fremde hungrige und nackte Brüder sind, für die ein Hemd und ein Stück Brot Manna in der Wüste sind.“ Die Redaktion des „Kraj“ fordert in Folge dieses Nothschreies alle ehemals polnischen Landestheile dringend auf, sich zur energischen Unterstützung der aus Frankreich flüchtenden Emigranten zu vereinigen.

— Der posener Korrespondent des „Ezas“, der bekannte Wortführer der ultramontanen Partei, scheint von der Gallomanie, von der er sich während des deutsch-französischen Krieges gänzlich beherrschen ließ, ebenfalls geheilt zu sein. Er begrüßt nämlich die unlängst in Posen veranstaltete Herausgabe des ersten Bandes der Memoiren von Niemcewicz, der die Zeiten des Großherzogthums Warschau umfaßt, als ein zeitgemäßes Unternehmen und äußert sich darüber in folgender Weise:

„Diese Publikation hat im gegenwärtigen Augenblick des Verfalls Frankreichs einen doppelten Werth für uns. Unser größter Patriot (Niemcewicz) schildert schon in jener Zeit das perfide Verfahren der französischen Regierung gegen uns, das darin bestand, daß sie Hoffnungen in uns erweckte, die sie zu erfüllen nie die Absicht hatte. Um so mehr muß man sich wundern über den Patriotismus, der ungeachtet dieses perfiden Verfahrens in seiner Opferwilligkeit für Frankreich nicht nachläßt und selbst da noch Vertrauen zur französischen Politik hegte, wo die absichtliche Täuschung auf der Hand lag. Es war das politisch sehr unklug, aber ehrlich und edel.“

— Herr Stanislaus v. Chlapowski, Reichstagsabgeordneter der Kreise Buk und Kosten, veröffentlicht im „Dziennik“ einen langen Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit in den Reichstags-Sitzungen des Jahres 1871. Von Interesse in der sehr gedehnten Darstellung ist nur, was Herr v. Chlapowski über die Wechselfeitigkeits der nationalen und der kirchlichen Interessen unter den Polen sagt. Als die polnischen Deputirten gegen die Einverleibung der polnischen Landestheile Preußens in das deutsche Reich protestirten, betritt ihnen bekanntlich der Reichskanzler hierzu das Recht mit dem Bemerkten, daß sie nicht gewählt seien, um ihre Nationalität, sondern um die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten. Herr v. Chlapowski wehrt sich gegen diese Auffassung als gegen eine Einseitigkeit, die etwa derjenigen der polnischen Nationalen gleichkäme, welche das Umgekehrte behaupten. Nationalität und Katholizismus seien vielmehr bei den Polen untrennbar verbunden, so zwar, daß, was dem Katholizismus begehre, zugleich auf die Nationalität zurückfalle und umgekehrt. Die Mandate der polnischen Deputirten würden daher stets Beides in sich beinhalten: die Vertheidigung der nationalen sowohl wie der kirchlichen Interessen; eines ohne das Andere sei nicht denkbar.

— Ueber das Konkurswesen äußert sich der letzte Jahresbericht der hiesigen Handelskammer wie folgt: Ein von dem Hrn. Handelsminister ausgearbeiteter Entwurf eines Gesetzes über das Vergleichsverfahren außerhalb des Konkurses ist uns zur Aeußerung übermittelt worden, und ebenso hat uns der bleibende Ausschuss des deutschen Handelstages ein von ihm aus diesem Anlaß gefertigtes Gutachten mitgeteilt. Auch diesseits wird im Allgemeinen die Nothwendigkeit einer derartigen Novelle anerkannt, die den Unzuträglichkeiten und Nachtheilen, welche sich im Laufe der Zeit bei dem Gemeinschuldnerverfahren herausgestellt haben, so zu begegnen im Stande ist, wie dies in den den Gesetzentwurf begleitenden Motiven in eingehender und zutreffender Weise hervorgehoben wird. Im Uebrigen haben wir dem gedachten Ausschusse gegenüber uns mit dem Inhalte des von ihm abgegebenen Gutachtens zum allergrößten Theile einverstanden erklären können; nur glaubten wir in Bezug auf § 2 des Entwurfs, betreffend die gleichzeitig mit dem Antrage wegen Einleitung des Vergleichsverfahrens erforderliche Vorbringung von verschiedenen dort näher bezeichneten Nachweisen, der in dem gedachten Gutachten erwähnten Ansicht der Minorität des Ausschusses, welche letztere für unveränderte Annahme der ursprünglichen Bestimmung sich aussprach, uns anschließen, sowie die Zusammenfassung der die Abstimmung über den Vergleichsvorschlag betreffenden §§ 19 und 20 des Entwurfs in einem Paragraphen empfehlen zu müssen.

— Frln. Hedwig Nachtigall, die talentvolle junge Künstlerin, deren Leistungen auf der hiesigen Sommerbühne bei Publikum und Kritik ehrende Anerkennung fanden, hat zu ihrem morgen stattfindenden Benefiz das Original-Charakterlustspiel der Frau Birch-Pfeiffer „Ein Kind des Glücks“ ausgewählt. Bei der Beliebtheit, deren Frln. Nachtigall sich erfreut, steht zu erwarten, daß vornehmlich ihr Benefiz ein größeres Interesse im Publikum hervorgerufen wird.

— Eine Nizza wurde heute früh bei den hiesigen Kupplerinnen abgehoben und wurden dabei 16 liederliche Frauenzimmer verhaftet.

— Am Alten Markte brach Sonntag Nachmittag in dem Keller des Vorderhauses auf dem Grundstück Nr. 59 Feuer aus, welches jedoch durch die herbeieilende Feuerwache bald gelöscht wurde.

† **Obornik.** [Haustauf.] Unser größtes am Markte gelegenes schloßartiges Gebäude in dessen parterre vom Oktober d. J. die Post zur Freude unseres Publikums ihren Sitz aufschlagen wird, ist durch Kauf aus dem Besitze des Bädermeisters Fejt in den unsern Oborniker Stroussberg Hrn. Kaufmann Marquardt übergegangen; Käufer wie Verkäufer haben ein gutes Geschäft erzielt. Wie verlautet, ist das Haus zu einem großartigen Unternehmen bestimmt, welches seiner Zeit veröffentlicht wird.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wajner in Posen.

Ein Anhang zur Dorfgeschichte des Oborniker Kreises.

Das Staarenlied aus Ihrer Zeitung hat aber auch noch and're Deutung, Die wen'ger humoristisch ist Und sich deshalb auch ernst liebt; Wer sich Vertrauens will erfreu'n, Dem kann es nicht gleichgültig sein Wenn breit sich macht in seinem Kreise Der Schwindel auf bekante Weise. Man weiß ja wie Meinungen find, — Verloren mit dem Bad geht's Kind — Drum ist es Pflicht zu konstatiren Und ebenso es auszuführen, Daß sich Oborniks Kreis-Inassen Mit solchem Schwindel nie befassen Und kann man Ihnen ohn' Bedenken Auch vollkommenes Vertrauen schenken. Macht denn den Sommer eine Schwalbe? Und hängt die Herde ab vom Kalbe? Soll unser Kreis abhängen gar Von Koesler, Linke, Doktor Staar? Ich kaufe, hätt ich Millionen, Oborniks Kreis-Obligationen; Drum macht Geschäfte unverdrossen Und ohne Vorzicht abgeschlossen. E. S.

Das Haupt-Depot ausländischer und inländischer Biere

von

H. FUCHS & PRZYBYLSKI

empfiehlt ausgezeichnete Lagerbiere in Flaschen und Gebinden.

Bestellungen werden Posen, Markt No. 4, im Keller entgegengenommen, und bitten genau darauf zu achten, daß die Bestellungen im Comptoir-Keller gemacht werden.

Langwierige Hämorrhoiden und Brustleiden.

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin.

Berlin, 13. Mai 1871. Seit fünfviertel Jahren an Hämorrhoiden und an der Brust leidend, habe ich mit Ihrem Malzertrakt einen Versuch gemacht und gefunden, daß er mir sehr gute Dienste leistet. Senden Sie mir u. s. w. S. Mesener, Schuhmachergeselle, Noßstr. 9. — Nachdem ich durch die praktische Anwendung des Malzertraktes, dessen Heilkraft bei Unterleibsleiden und Hämorrhoiden erprobt, wobei ich laut ärztlicher Verordnung Ihre Malz-Chokolade statt Kaffee gebrauchte, erbitte ich mir noch Brustmalzboubons gegen den Husten.

J. Cohn, Neue Friedrichstr. 30 in Berlin.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plossner, Markt 91, Frenzel & Co., Breslauerstr. 38 und Wilhelmplatz 6; in Neutomysl Hr. A. Hoffbauer; in Jaraczewo Hr. Salomon Zucker; in Bentschen Hr. H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz, in Schrimm die Hrn. Cassiri & Co.; in Obornik Hr. Isaak Karger; in Kurnik Hr. J. F. E. Krause; in Mogowo Hr. J. Joseph; in Santomysl Hr. Süssmann Lewel; in Wul Herr J. Niklewicz; in Gollancz Herr Herm. Berg; in Czerniejewo Hr. Marous Witkowski; in Schroda Hr. Fischel Baum; in Rogasen Hr. Emil Petrich; in Wogrowitz Hr. Herrm. Ziegel; in Plesehen: L. Zboralski.

Zur Saat

empfehle als ganz vorzüglich Royal-Weizen in Digitalverpackung, die Tonne mit Thlr. 18, sowie achten spanischen Doppel-Roggen in Originalverpackung, die Tonne mit Thlr. 12. Bestellungen werden gegen Nachnahme prompt ausgeführt.

Theodor Edler,
Berlin, Dragonerstr. 21.
Samenhandlung.

Ungarische fl. 100 Prämien-Loose.

Diese Loose, von der Königl. Ungar. Regierung garantirt, gehören unstreitig zu den sichersten Lotterien-Papieren.

Ziehungen am 15. August, 15. November, 15. Februar, 15. Mai. Haupttreffer: fl. 250,000 200,000, 150,000, 100,000 u. s. w.

Jedes Loos muß mit mindestens fl. 108 gezogen werden. Die Gewinne erleiden keinen Steuerabzug.

In die nächste Ziehung vom 15. August fällt der größte Treffer von fl. 250,000.

Diese Loose sind bei allen Bank- und Wechselhäusern des In- und Auslandes zum jeweiligen Tages-Cours zu haben.

Balsam Bilfinger

gegen Rheumatismus u. Gicht,

geprüft von den größten Autoritäten Deutschlands, Frankreichs und Englands, Radikalheilmittel selbst in den hartnäckigsten Fällen. Preis pr. 1/2 Flasche 1 Thlr. 10 Ngr., pr. 1/2 Flasche 22 1/2 Ngr.

Depôt für Posen bei H. Elsner, Apotheker.

Zahnseife und Zahnpasta,

allei: acht, seit mehr als zwanzig Jahren bewährt, fabricirt von A. H. A. Bergmann in Waldheim i. S., empfiehlt in Driinalpackungen à 3, 4, 6 und 7 1/2 Sgr.

Elsner's Apotheke,

Hauptdepot für Posen.

(Beilage)

Die anerkannt besten französischen Mühlensteine,

sowie vorzüglichste

seidene Müller-Gaze (Beuteltuch),

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Ragensteine, echt englische Gussstahl-Picken und Pochholz

empfehlen billig

Carl Goldammer in Berlin,

Neue Königstraße Nr. 80a.

Bekanntmachung.

Zu Allgauer hochtragenden Kalben und jungen Kühen nimmt Bestellungen entgegen

A. Frank in Leipzig,
Waldstraße 42.

